

Buchbesprechungen

Alev Inan

ISLAM GOES INTERNET. Websites islamischer Organisationen im World Wide Web, Marburg 2008, Tectum Verlag, 262 S., 29,90 EUR.

Die an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Passau tätige Pädagogin Alev Inan hat mit ihrem Buch weit mehr als eine überarbeitete Doktorarbeit vorgelegt. Sie gibt damit vielmehr einen fundierten Überblick über die Präsenz islamischer Organisationen in Deutschland im World Wide Web. Ziel ihrer Arbeit war es „zu eruieren, auf welche Weise Muslime selbst Medien bzw. das neue Medium Internet einsetzen. Nicht die Untersuchung der Fremdperspektive ‚Wie werden Muslime in den Medien dargestellt?‘ steht im Vordergrund, sondern es geht um die Frage ‚Welche Inhalte vermitteln Muslime in den von ihnen verwendeten Medien?‘“ (S. 13).

Inans Analyse basiert auf der Diskurstheorie von Michel Foucault und versucht diese durchaus erfolgreich auf das Medium Internet anzuwenden.

Im Zentrum der Analyse stehen dementsprechend auch die Websites der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG), der Föderation der Alevitischen Gemeinden in Europa (AABF), des Islamrats für die Bundesrepublik Deutschland (IR), des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD) und der Union Türkisch-Islamischer Kulturvereine in Europa (ATİB). Letztere ist jedoch nicht mit der ATİB in Österreich zu verwechseln. Während die österreichische ATİB, wie die deutsche DİTİB, von der staatlichen türkischen Anstalt für Religion Diyanet gegründet, finanziert und gelenkt wird, stellt die deutsche ATİB eine islamische Abspaltung der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland (ADÜTDF), der Vorfeldorganisation der rechtsextremen Nationalen Volkspartei (MHP), dar. Die mit rund 122 Mitgliedsvereinen und 11.000 Mitgliedern größte Mitgliedsorganisation des ZMD stellt zugleich wichtige Führungsfunktionäre des ZMD und dominiert damit auch die inhaltliche Ausrichtung dieses Dachverbandes, der in Konkurrenz zum sich ebenfalls als Dachorganisation verstehenden Islamrat steht.

Inan beschreibt nicht nur die einzelnen Websites nach Aufmachung und Inhalt, sondern beschäftigt sich v.a. auch mit den Konsequenzen der dabei vertretenen Inhalte für Fragen der Integration und des Islamverständnisses der behandelten Organisationen, die großteils türkischsprachige Muslime organisieren. Lediglich im Islamrat sind auch arabische und bosnische Verbände, wie die Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD), die wichtigste Organisation mehrheitlich arabischsprachiger Muslime aus dem Umfeld der aus Ägypten stammenden Muslimbruderschaft, vertreten. Deren eigene Webauftritte wer-

den allerdings nicht analysiert. Auch die Website www.muslim-markt.de, die trotz geringer organisatorischer Verankerung als eines der ältesten, größten und meistbesuchten deutschsprachigen islamischen Internetportale durchaus eine gewisse Bedeutung hat, wird nicht extra untersucht, sondern nur in Hinblick auf Links von den Verbandswebsites behandelt.

Die Analyse beschränkt sich damit auf die Internetauftritte der großen Verbände, bringt aber für diese eine Reihe detaillierter Beschreibungen und vergleichender Ergebnisse. Alev Inans Zugang ist dabei einer, der weder ein beschönigendes, noch ein diabolisierendes Bild dieser Verbände zeichnet. Kritik übt die Autorin jedoch nicht nur an den Verbänden selbst, sondern auch an Teilen des wissenschaftlichen Diskurses über den Islam. Es wäre, so die Autorin in Bezug auf die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG) „auch von Seiten einiger weniger Wissenschaftler eine Tendenz festzustellen, die IGMG ‚rein zu waschen‘ und ihr dabei zu helfen, gesellschaftspolitisch ‚hoffähig‘ zu werden. Ein weiterer Grund für den Aufstieg der islamistischen Riege ist, dass viele nicht-muslimische Deutsche sich mit öffentlicher Kritik zurückhalten, um nicht als islamfeindlich betrachtet zu werden“ (S. 107).

Inan zeichnet dem gegenüber ein sehr differenziertes Bild der analysierten Websites, die sich ebenso stark voneinander unterscheiden wie die dahinter stehenden Verbände. Während die Website der Föderation der Alevitischen Gemeinden in Europa (AABF) stark auf die konfessionelle Identität als Aleviten Wert legt und diese mit einem offensiven Bekenntnis zum Säkularismus verbindet, agitieren andere Websites genau in die Gegenrichtung, wobei bei allen mittlerweile ein dahingehender Prozess eingesetzt zu haben scheint, sich zumindest in den prominenten und deutschsprachigen Teilen der Website von offensichtlichem Extremismus abzugrenzen. Die untersuchten Organisationen würden das Medium Internet vor allem als Visitenkarte nutzen, um Informationen über die eigene Organisation der muslimischen und nicht-muslimischen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. „Dies wird als erweiterte Möglichkeit zur Selbstdarstellung eingeschätzt. Aber es werden auch Informationen zur Religion Islam auf den Websites der islamischen Organisationen zur Verfügung gestellt. Die Organisationen vernetzen sich untereinander, indem sie Links zu anderen Organisationen auf ihrer Website platzieren. Wichtiger ist jedoch, dass auch Verlinkungen auf umstrittene Webseiten auftreten, wie auf die Seiten von Yusuf Al-Qaradawi, der ‚Islamischen Zeitung‘ oder nationalistisch-faschistischer Bewegungen wie z.B. auf www.ulkuu.org“ (S. 229). Agitation zu Terrorismus bzw. Cyber-Jihad wäre auf den Websites jedoch nicht zu finden. Adressat der Website wäre bei kleineren

Organisationen eher die eigene Community, bei großen jedoch die deutsche Öffentlichkeit. So zielt etwa die Website der IGMG primär darauf ab, ihrem schlechten Image als vom Verfassungsschutz beobachtete Organisation des politischen Islam entgegenzutreten. Jene des Islamrats, dessen wichtigste Mitgliedsorganisation die IGMG ist, diene allerdings eher dazu, sich als zentraler Repräsentant der Muslime in Deutschland und damit auch als Ansprechpartner für Nichtmuslime zu präsentieren.

Alev Inans Arbeit kann für die Analyse von Websites islamischer Organisation in Deutschland als Pionierarbeit gewertet werden und würde NachahmerInnen für Österreich verdienen.

Thomas Schmidinger

E-mail: thomas.schmidinger@univie.ac.at

Walter Feichtinger/Sibylle Wentker (Hg.)

ISLAM, ISLAMISMUS UND ISLAMISCHER EXTREMISMUS. Eine Einführung, Wien/Köln/Weimar 2008, Böhlau-Verlag, 252 S., 29,90 EUR.

Drei Begriffe, die spätestens seit 9/11 in aller Munde sind und zwischen denen in der Alltagssprache oft ebenso wenig differenziert wird, wie in Medien und Politik. Nicht weniger schwierig ist der Versuch einer Annäherung an diese Begriffe. Die jeweiligen Perspektiven in diesem Sammelband sind dabei sehr unterschiedlich. Die AutorInnen kommen aus der Politikwissenschaft, Arabistik, Ethnologie wie auch aus der Praxis der Politik. Das Buch entstand aus dem Bewusstsein heraus, die Unmenge bestehender Literatur – der oft wenig Differenziertheit unterstellt wird – zu diesem Überthema mit einer Darstellung unterschiedlicher Themenfelder, in denen Islam und Islamismus vermutet wird, zu bereichern. Mit der Feststellung Sibylle Wentkers, dass der Islam hierzulande geradezu die ungünstige Nachtseite der Eigenschaften und Errungenschaften westlicher Kultur darstelle, soll den LeserInnen durch diesen Band die Differenziertheit innerhalb der muslimischen Reihen nähergebracht werden. Interessant erscheint in dem Beitrag, dass neben theoretischen Abhandlungen nicht nur verschiedene muslimische Länder und Bewegungen als Fallbeispiele behandelt werden, sondern auch zwei Fälle (bzw. drei, wenn die Türkei zu Europa gezählt wird) in Europa unter die Lupe genommen werden.

Sibylle Wentker von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften beginnt im ersten Kapitel damit, die Grundfragen des Islam zu erörtern. Dadurch wird sie einerseits dem Titel gerecht, indem auch der Islam als Religion und nicht nur als Ausformung von politischen Islamverständnissen erwähnt wird. Andererseits versucht Wentker durch die Behandlung des Islam aufzuzeigen, welche Kluft zwischen den Grundlagen dieser Religion und dem Bild in unserer Gesellschaft herrscht. Wentker behandelt folglich die religiösen Fundamente, die von einem

Gros der MuslimInnen geteilt werden (fünf Säulen, Koran und Sunna) und versucht am Beispiel einer eher rudimentären Annäherung an die Begriffe *shari'a*, *ulama'* und *fatwa* weitverbreitete Vorurteile und Stereotypen zu beseitigen. Im zweiten und dritten Kapitel versucht die gleiche Autorin, zum einen eine Begriffsdefinition von Fundamentalismus und Islamismus zu geben und zum anderen die historische Entwicklung des Islam aufzuzeigen. Der Begriff des Dschihadismus wird am Schluss ebenso dargestellt. Die Reform- und die fundamentalistischen Bewegungen werden in ihrem Werdegang skizziert. Wentker verarbeitet primär Sekundärliteratur in der Typologisierung von islamistischen Bewegungen. Am Ende angekommen, zitiert sie Nazih Ayubi mit der Conclusio, dass das „Wiederaufleben des Islam eine Reaktion auf Entfremdung und Ausdruck eines Strebens nach Authentizität“ sei. Und somit sei er noch lange nicht tot.

Der Politologe Stephan Rosiny zeigt die Diversität islamistischer Bewegungen anhand von fünf Fragestellungen auf, mit denen er sich diesen anzunähern versucht: Auf welchen Islam bezieht sich die jeweilige Bewegung? Welche Lösungsvorschläge hat sie zu welchen prognostizierten Problemen? Weiters wird nach den Mitteln und Methoden zur Lösung gefragt und schließlich, wer diese Fragen im Namen des Islam überhaupt erörtern darf. Das Fazit lautet, dass Islamisten nicht gleich Islamisten sind und islamistische Ideologie(n) und deren AkteurInnen sich ständig verändern.

Weiters zeigt der Ethnologe Benjamin Dörfler die Entstehungsgeschichte und derzeitige Relevanz der ältesten islamistischen Massenbewegung, der ägyptischen Muslimbrüderschaft, auf. Er diskutiert angesichts des breiten Rückhalts dieser Bewegung in der Bevölkerung die Legalisierung dieser und die Frage möglicher Auswirkungen hinsichtlich eines Pragmatismus und einer Mäßigung ihrer Doktrinen im Falle einer Inklusion in das politische System Ägyptens. Einblick in eine zentrale Ikone und ebenso umstrittene islamistische Persönlichkeit, dessen Leben in der deutschsprachigen Literatur kaum beleuchtet ist, gibt uns Dörfler in einem Artikel über Sayyid Qutb, einem Mann, der 40 Jahre nach seinem Tod in manchen islamistischen Kreisen noch weiterlebt.

Das äußerst diversifizierte Spektrum des iranisch-schitischen Islamismus zeigt der Iranist Walter Posch auf. Drei Lager des Erbes von Ayatollah Khomeini sieht Posch heute im Iran: A) den technischen Pragmatismus à la Rafsanjani, für den Gewalt das letzte aller Mittel ist. B) Einen pazifistischen, demokratiefähigen Islamismus à la Khatami und C) einen revolutionären, gewaltbereiten islamistischen Extremismus, deren Lobby im Sicherheitsapparat verortet wird.

Clemens Stiglechner zeichnet die Geschichte der Hamas nach, deren Grundpfeiler (Verteidigung Palästinas und Islamisierung der Gesellschaft), Strukturen und Aktivitäten. Die Rolle der Hamas in Österreich wird ebenso tangiert. Am Ende des Artikels wird vor dem Hintergrund des

Wahlsiegs und der Besetzung des Gaza-Streifens die Schwierigkeit der diplomatischen Beziehungen erörtert und die Frage einer möglichen Transformation der Hamas diskutiert. Wentker diskutiert anschließend die libanesische Hizbullah und zeigt deren Wandel von einer Protestbewegung hin zu einem Global Player der Region auf. Walter Posch versucht sich anschließend in einer Annäherung an die Al-Qaida. Er berichtet über den geschichtlichen Werdegang, das ideologische Fundament, strukturelle Merkmale bis hin zu Phasen der Mitgliedschaft und versucht der Frage nachzugehen, was heute an der Al-Qaida Realität und was Mythos ist. Im Gegenzug dazu nähert sich der Politologe Anton Degg dem Phänomen Al-Qaida aus dem Blickwinkel der Terrorismusforschung an. Er versucht dem Entwicklungsstand der Al-Qaida nachzugehen, die seiner Einschätzung nach heute gefährlicher denn je ist.

Walter Posch beschäftigt sich in einem weiteren Beitrag mit Islam und Islamismus in der Türkei, gibt einen kleinen Einblick in manche Organisationen und diskutiert v.a. die Relevanz dieses Themas im Bezug auf die Verhandlungen für einen EU-Beitritt. Der Politik- und Religionswissenschaftler Christian Grünwald zeigt am Beispiel der Unruhen in den Pariser Vorstädten, welche Rolle muslimische AkteurInnen und der Islam als Religion tatsächlich spielten. Es wird veranschaulicht, dass den Unruhen in den Banlieus soziale und strukturelle Probleme zugrunde liegen und das Religionsthema hier mehr als Konstrukt gedient hat. Die Ethnologin Martina Schmied schließt den Sammelband mit einem Artikel zum Islam in Österreich ab, der einen groben Überblick über die historische Entwicklung und eine kurze Darstellung der Islamischen Glaubensgemeinschaft beinhaltet. Ein Überblick über relevante religiöse Dimensionen des muslimischen Lebens in Österreich wie soziale Einrichtungen, Friedhöfe, etc. wird gegeben.

Der Band gibt einen guten Überblick über die historische Dimension, sowie aktuelle Fragestellungen zum jeweiligen Thema. Ein wichtiges Werk, um kompakt aber nicht zu oberflächlich in die Thematik einzutauchen.

Farid Hafez (Wien)

E-mail: farid.hafez@univie.ac.at

Dunja Larise/Thomas Schmidinger

ZWISCHEN GOTTESSTAAT UND DEMOKRATIE. Handbuch des politischen Islam, Wien 2008, Deuticke im Paul Zsolny Verlag, 288 S., 19,90 EUR.

Das gegenständliche Buch füllt eine offene Lücke: Eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Islam in Österreich und vor allem seiner extremistischen Ränder war schon lange notwendig. Dementsprechend wurde das Buch auch ausgiebig in anderen Medien diskutiert.

Gerade in diesen Tagen, wo der Prozess gegen die Terrorverdächtigen Mohammed M. und Mona S. in die erzwungene zweite Runde geht, sollte klar sein, dass die

österreichischen Gerichte die Einschätzung der Ideologie der Angeklagten ExpertInnen überlassen sollten. Und genau dieser Versuch wird im Handbuch des politischen Islam unternommen. Nicht als zentrales Vorhaben sondern als Voraussetzung für die Beschreibung jener Gruppen, die aufgrund ihres politischen Engagements der Demokratie gefährlich werden könnten.

Aufgrund der Brisanz des Themas und des ressentimentgeladenen Diskurses in Österreich sind diese klärenden und definierenden Worte zu Beginn durchaus notwendig. Die AutorInnen entscheiden sich für den Begriff politischer Islam, der jene Gruppen zusammenfassen soll, die „ein politisches Konzept des Islams verfolgen (...) und eine wie auch immer geartet Islamisierung der Gesellschaft und Politik anstreben“ (S. 31f). Da diese Definition doch etwas schwammig bleibt, findet sich im nächsten Kapitel doch Näheres zur „gemeinsam(en) ideologische(n) Plattform“ der unter dem Begriff politischer Islam subsumierten Gruppen. Diese Plattform bestehe aus „Antisäkularismus, Antisemitismus, Antiliberalismus, Antikommunismus, Antiamerikanismus, Mysogonie und Homophobie“ (S. 33). Ein Umstand, der im allgemeinen Geraue über die Fremdartigkeit des Islam häufig unter den Tisch gekehrt wird. Überhaupt gehe es hier nur um eine kleine Minderheit der in Österreich lebenden Muslime.

Den AutorInnen scheint es aber eben nicht um das Fremde im Islam zu gehen, sondern um seine Ideologeme, die durchaus an westliche anknüpfen. Abgrenzung und Differenzierung ist ihnen ein Anliegen. So kommt es zu einer fünfteiligen Kategorisierung der Gruppierungen gemäß ihrer strategischen und taktischen Ausrichtung. Nur die letzten beiden Kategorien treffen auf das Stereotyp des islamischen Extremisten zu, nämlich djihadistisch und terroristisch. Dies ist aber nur ein verschwindend kleiner Anteil an der Bandbreite an AktivistInnen, die man in Österreich dem politischen Islam zuordnen kann. Den Großteil machen reformistische Gruppen aus, also jene, die den Rechtsstaat nicht per se infrage stellen.

Die Beschreibung der Gruppen ist dann nach den Herkunftsländern der ProtagonistInnen gegliedert, da dies eine wichtige Rolle für die Ausrichtung spielt, die in einleitenden Kapiteln abgeklärt wird. Viele der Gruppierungen haben ihren Ursprung in den Herkunftsländern und deswegen ist ihre Arbeit meistens noch mit der dortigen Situation verbunden. Ausnahmen bilden hier die österreich-stämmigen Konvertiten. Die Auflistung bleibt aber unvollständig, da einerseits – wie die AutorInnen betonen – man sich nur auf veröffentlichtes Material und Interviews stützen konnte, andererseits eine detaillierte Auflistung den Umfang des Buches gesprengt hätte.

Trotzdem bleibt zumindest ein guter Überblick über die Aktivitäten politisch-islamischer Gruppen in Österreich. Nicht nur die einzelnen Vereine geraten dabei ins Blickfeld der AutorInnen, sondern auch deren Vernetzungen, die oft in einer ähnlichen personellen Besetzung bestehen. Deshalb richtet sich die Aufmerksamkeit auch auf die Is-

lamische Glaubensgemeinschaft in Österreich. Dieser Teil des Buches hat wohl am meisten Aufregung erregt. In ihrem öffentlichen Charakter einzigartig in Europa, so attestieren die AutorInnen einigen ihrer führenden Mitglieder eine Nähe zum politischen Islam. Anhand von drei Personen aus dem Lehrkörper (die IGGiÖ ist für die Ausbildung der islamischen Religionslehrer in Österreich zuständig) zeigt das Buch, wie der Extremismus auch in der IGGiÖ Fuß fassen kann. Diese ignoriere leider zurzeit noch den Handlungsbedarf, der sich dadurch ergibt, so die AutorInnen.

Alles im allem bleibt zu konstatieren, dass dieses Buch wohl für einen Teil der Muslime in Österreich wichtiger ist als für die Mehrheitsgesellschaft. Diese stehen in einem Spannungsverhältnis zwischen tatsächlich existierenden radikalen Gruppen und der Mehrheitsgesellschaft, die ihnen das zum Vorwurf macht. Der öffentliche Diskurs über den Islam in Österreich ist heute nicht durch Differenzierungen sondern von Verallgemeinerungen geprägt, die eine Abgrenzung von politisch fragwürdigen Positionen notwendig macht. Wenn die Muslime in der Öffentlichkeit als monolithischer Block gesehen werden, dann ist eine Veränderung dieses Blicks nötig, die auf die politischen Differenzen Rücksicht nimmt. Dafür ist ein Buch ein erster Schritt.

Wichtig ist aber auch, dass dieses politische Problem – es betrifft nur eine kleine Minderheit unter den in Österreich lebenden Muslimen –, auch als ein solches gesehen wird und nicht als ein Problem der Migration oder der (mangelnden) Integration. Das Problem ernst zu nehmen bedeutet eben, sich damit auf einer politischen Ebene auseinanderzusetzen. Das heißt politische problematische Agitation im religiösen Gewande aufzudecken und nicht als kulturell bedingt zu relativieren. Letzteres fördert nur die Anstrengungen mancher im Buch beschriebener Gruppierungen, die österreichischen Muslime für ihre Ideologie zu vereinnahmen. Erst dann können auch Strategien entworfen werden, wie man einer politischen Vereinnahmung der österreichischen Muslime durch solche Gruppen und der tendenziell antidemokratische Ausrichtung des politischen Islam adäquat entgegentritt.

Jaschar Randjbar (Wien)
E-mail: jaschar.randjbar@univie.ac.at

John Bunzl/Alexandra Senfft (Hg.)

ZWISCHEN ANTISEMITISMUS UND ISLAMOPHOBIE.
Vorurteile und Projektionen in Europa und Nahost,
Hamburg 2008, VSA Verlag, 255 S., 20,40 EUR.

Was für viele Sammelbände gilt, trifft auch für dieses Buch von John Bunzl und Alexandra Senfft zu: Es versammelt sehr unterschiedliche Beiträge von ebenso unterschiedlicher Ausrichtung wie Qualität zu einem Gesamtbild, das fragmentarisch bleiben muss. Dies liegt einerseits am Thema bzw. an der Breite der angerissenen Themen, an-

dererseits aber auch an der etwas willkürlich wirkenden Gesamtkomposition des Sammelbandes. Während es einerseits durchaus ein vielversprechender Ansatz ist, die Debatten um den neuen Antisemitismus und die „Islamophobie“ zusammenzudenken und mit den Debatten im Nahen Osten zu verknüpfen, so wird man andererseits bei der Lektüre des Bandes den Eindruck nicht los, dass hier zu wenig Verbindungen herausgearbeitet wurden, um aus dieser Verknüpfung wirklich neue Erkenntnisse zu gewinnen. Dafür sind jedoch auch die gewählten Ansätze zu gegensätzlich. Für einen reinen Debattenband, der genau solch gegensätzliche Standpunkte sichtbar machen soll, ist das gewählte Spektrum der Beiträge dann aber doch wieder zu klein, bzw. die Dominanz eines antizionistischen oder aus den Cultural Studies entlehnten Blicks auf das Thema zu deutlich.

Diese gegensätzlichen Positionen werden etwa an den Beiträgen von Elisabeth Kübler und Matti Bunzl deutlich. Küblers berechtigte Kritik an der Verwischung der Unterschiede zwischen Antisemitismus und Islamophobie und ihre an Sartres „Betrachtungen zur Judenfrage“ angelehnte Kritik an „des Juden laue Verteidiger“, würde Matti Bunzl wohl als „alarmistisch“ betrachten. Letzterer versucht sich im Zusammenhang mit dem neuen Antisemitismus zwischen „Alarmisten“ und „Leugnern“ zu positionieren und versucht, Änderungen in der Haltung der EuropäerInnen in Bezug auf den Antisemitismus zu analysieren. Seine zentrale These ist dabei einerseits, dass der Nationalstaat in Europa überwunden wäre und dass daraus folge, dass auch das Bestreben zur „Reinhaltung“ dieses Nationalstaates obsolet geworden wäre. Juden würden damit nicht mehr als Störfaktor betrachtet werden, sondern die neue Ordnung des supranationalen Europa schlechthin verkörpern. Da er keine Transformation des Nationalstaates, sondern dessen Verschwinden diagnostiziert, sieht er auch keine Transformation des Antisemitismus. Im Gegenteil: „Der moderne Antisemitismus hat sich ausgelebt.“ (S. 64) Der neue und der alte Antisemitismus wären somit völlig verschiedene Phänomene, die Gewalt von Muslimen gegen Juden in Europa gar kein Ausdruck von Antisemitismus, sondern eines antikolonialen Kampfes (S. 66). Im neuen Europa würde hingegen die Islamophobie teilweise die Funktion des früheren Antisemitismus übernehmen. Auch Paul A. Silverstein sieht im „gegenwärtigen Antisemitismus der jungen sozial ausgegrenzten, häufig überwachten und verdächtigten Magrebiner“ in Frankreich „praktisch eine Form von Gewalt gegen den Staat“ (S. 92), deren Hauptgrund im neo-imperialen Frankreich und den USA läge und nicht im Antisemitismus der Akteure.

Abgesehen von der Fragwürdigkeit dieser Thesen, deren ausführliche Diskussion den Rahmen dieser Rezension sprengen würde, zeigt sich hier eine der größten Schwächen des Buches. Während Alexander Pollak einen – im Übrigen inhaltlich brillanten – Beitrag zur Definition und Operationalisierung des Begriffs des Antisemitismus beisteuert, fehlt jede Definition oder Diskussion des auch in

der wissenschaftlichen Debatte wesentlich umstritteneren Begriffs der „Islamophobie“. Kein Beitrag erklärt, was denn diesen Begriff vom Rassismus unterscheidet und welche spezifischen Ressentiments er beschreiben soll, ganz zu schweigen von der problematischen Begriffsherkunft und Verwendung durch eine Reihe islamisch-integralistischer Gruppierungen, um Kritik am politischen Islam mundtot zu machen.

Aber auch Silversteins Beitrag enthält durchaus interessante Passagen und zwar v.a. in Bereichen, in denen der in Oregon lehrende Anthropologe auch empirisch forscht. So sind seine Ausführungen über den „Philosemitismus auf Seiten der Berber“ (S. 114) von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Silverstein führt aus, dass Aktivisten der Berber (Amazigh) Sympathien für Juden äußern und in der zionistischen Bewegung ein Vorbild für den eigenen Kampf sehen. „Während sie zwar keineswegs die Handlanger des israelischen Staates sind, wie das von Islamisten zuweilen behauptet wird, versuchen militante Kräfte der Amazigh, jüdische Bevölkerungsteile wie auch Berber zu versöhnen, und haben öffentlich eine Normalisierung der Beziehungen mit Israel befürwortet.“ (S. 115)

Für mich sind diese Beobachtungen nicht zuletzt deshalb von großem Interesse, da ich ähnliche Erfahrungen während Feldforschungen und Reisen in Kurdistan und im Sudan sammeln konnte. Während der Vorwurf von Islamisten und panarabischen Nationalisten gegen nicht-arabische Minderheiten, Kollaborateure des Zionismus zu sein, zwar eine ideologische Projektion darstellt, gibt es andererseits nicht zuletzt deshalb unter nicht-arabischen Minderheiten mit Unterdrückungserfahrungen unter arabisch-nationalistischen oder islamistischen Regimen durchaus Sympathien mit dem „Feind des Feindes“ und dem erfolgreichen Staatsbildungsprozess einer ehemals kleinen nicht-arabischen (und auch nicht-muslimischen) Minderheit in Form des Staates Israel. Ob diese Sympathien nicht auch durchaus mit antisemitischen Ressentiments einhergehen können, muss jedoch vorerst offen bleiben. Sympathien für den jüdischen Staat können durchaus mit einer Haltung einhergehen, die die „Rückkehr“ der Juden in diesen befürwortet und damit froh ist, die jüdische Minderheit im Lande selbst losgeworden zu sein.

Sander L. Gilman versucht in seinem Beitrag schließlich Parallelen zwischen Judentum und Islam in der Diaspora herauszuarbeiten, was ihn zu durchaus interessanten Thesen führt, aber fallweise an Hintergrundwissen zum Islam scheidet, wenn er etwa bei beiden Gruppen den Glauben „an eine göttliche ‚Auserwähltheit‘, die sie von allen anderen Gemeinschaften abhebt“ (S. 122) attestiert. Während einerseits der Islam als missionarische Weltreligion diesbezüglich ja geradezu das Gegenteil des Judentums darstellt, ist andererseits auch die „Auserwähltheit“ des Judentums theologisch eher als von Gott auferlegte Bürde der Einhaltung aller Gesetze begriffen worden, denn als Distinktionsmerkmal. Andere von Gilman angeschnit-

tene Parallelen und insbesondere die Sichtweisen der nicht-jüdischen und nicht-muslimischen Bevölkerung auf diese, würden aber durchaus eine weitere Debatte verdienen.

John Bunzl beschäftigt sich schließlich primär mit dem Nahostkonflikt, den er als kolonialen Konflikt betrachtet, und der europäischen Sichtweise auf diesen, wobei er sich stark an der relativ bedeutungslosen proisraelischen „antideutschen Linken“ abarbeitet, der er vorwirft, Israelis und Palästinenser „aus Gründen des eigenen psychischen Haushalts“ (S. 132) zu instrumentalisieren. Bunzl stützt sich dabei leider fast ausschließlich auf eine von ihm als „Studie“ bezeichnete Kampfschrift des Werttheoretikers Robert Kurz, dessen Krisis-Gruppe lange Zeit eng mit den sogenannten Antideutschen zusammengearbeitet und dessen österreichischer Ableger mit diesen sogar eine gemeinsame Organisation, den „Kritischen Kreis“ gebildet hatte. Es wäre sicher interessanter gewesen, selbst eine Kritik an den „Antideutschen“ zu formulieren, als sich ausschließlich auf eine Schrift zu berufen, die stark den Charakter einer Abrechnung nach einer Spaltung von zwei Politiksektoren hat. Fundierter sind hier eindeutig Bunzls Thesen zur Wahrnehmung des Holocaust durch „die Araber“.

Noch intensiver setzt sich Omar Kamil mit dieser Problematik auseinander, indem er eine knappe aber durchaus auf wesentliche Positionen arabischer Intellektueller eingehende Diskursgeschichte nachzeichnet. Der Beitrag des wissenschaftlichen Mitarbeiters am Simon Dubnow Institut für Jüdische Geschichte und Kultur der Universität Leipzig bringt für deutschsprachige LeserInnen wirklich Neues und ist es allein schon wert, den Sammelband zu erstehen.

Wie es kaum möglich scheint, nicht zumindest bei einem Teil der Beiträge protestieren zu wollen, so scheint es zugleich kaum möglich, das Buch nicht interessant zu finden. Es bleibt eine Ambivalenz, die jedoch auch dem Thema selbst innewohnt.

Thomas Schmidinger (Wien)

E-mail: thomas.schmidinger@univie.ac.at

Günther Sandner

ENGAGIERTE WISSENSCHAFT. Austromarxistische Kulturstudien und die Anfänge der britischen Cultural Studies, Münster et al. 2006, LIT Verlag, 360 S., 29,90 EUR.

Dass im Umkreis des Austromarxismus noch ungehobene Schätze zu finden sind, mag als eine eher kontroverse These betrachtet werden. Genau diese These aber vertritt Günther Sandner und hat zu ihrer Verteidigung eine interessante Strategie entworfen. Statt einer langwierigen Sezierung älterer Debatten über das Erbe des Austromarxismus unternimmt er es, sich ausgewählten Denkern dieser Tradition mittels uns heutzutage aktuelleren Theo-

retikern zu nähern. So eröffnet uns Sandner einen bisher verstellten Blick auf einen wichtigen Strang austromarxistischer Kulturkritik durch den Vergleich mit der Cultural-Studies-Tradition in Großbritannien. Dieser letzteren Tradition, deren Schlagworten von Identität und Multikulturalismus heute schwer zu entkommen ist und deren gegenwärtige Relevanz daher außer Frage steht, folgt Sandner in ihre Gründergeneration und nimmt deren Beitrag zur modernen Kulturtheorie als Vergleichs- und Anhaltspunkt, um spezifische Aspekte des Austromarxismus neu zu beleuchten.

Es ist somit kein Kritikpunkt zu behaupten, dass bezüglich der Cultural Studies nichts radikal Neues vorgetragen wird, wenngleich die Diskussion der Beiträge von Raymond Williams (*Culture and Society*), Edward Thompson (*The Making of the English Working Class*), Richard Hoggart (*The Uses of Literacy*) und Stuart Hall (besonders die frühen Essays) für den Nichtspezialisten sehr instruktiv und lehrreich ist. Der Punkt der Diskussion ihrer Beiträge liegt schließlich in dem Zugang, den diese Denker zu den kulturtheoretischen Beiträgen von Otto Neurath, Edgar Zilsel, Marie Jahoda und Paul Lazarsfeld eröffnen. Eher ist hier schon zu kritisieren, dass das Auswahlkriterium für die hier behandelten Austromarxisten keine systematische Diskussion erfährt. Ist es die inner-austromarxistische Opposition, die die Älteren von diesen (Neurath und Zilsel) dem weit bekannteren Max Adler boten? Ist es somit die empiristische Alternative zu Adlers unverbrämten philosophischen Idealismus, die die Auswahl bestimmte? Obwohl Sandner die Heterogenität des Austromarxismus unterstreicht, erscheint mir dieser Punkt viel zu unterbelichtet (dies nicht nur aus methodologischen Gründen: dass es sich bei der Gruppe Neurath etc. um eine zumindest zum Teil oppositionelle Gruppierung innerhalb der linken Opposition handelt, mag auch einen weiteren Beziehungspunkt zu ihrer britischen Vergleichsgruppe ergeben).

Dieser Punkt sollte aber nicht von den Verdiensten dieser Untersuchung ablenken, auf die mittels einer Übersicht ihres Inhalts hingewiesen werden kann. Nach einer die behandelten Fragestellungen aufwerfenden Einleitung breiten Kapitel 1 und 2 den historischen und begrifflichen Hintergrund der Studie aus: Die politischen und kulturellen Kontexte des Austromarxismus und der britischen „neuen Linken“ werden vorgestellt, sowie die analytischen Werkzeuge wie „Paradigma“, „wissenschaftliche Gemeinschaft“, „Institutionalisierung“, „Denkstil“, usw. erläutert.

Die nächsten beiden Kapitel bieten Fallstudien. Anhand der frühen Karriere von Williams, Thompson, Hoggart und Hall beschreibt Kapitel 3 die Entwicklung der Cultural Studies aus dem Milieu der Arbeiter- und Erwachsenenbildung der Nachkriegszeit und der neuen Linken im Großbritannien der 50er Jahre bis zur Etablierung des Centre for Contemporary Cultural Studies an der Universität Birmingham im Jahre 1964. Themen wie die Neubestimmung

des Begriffes Kultur und die Gegenüberstellung von Arbeiterkultur und Massenkultur sowie die Ambitionen, Literaturkritik und Geschichte „von unten“ zu leisten und kritische Pädagogik zu entwickeln, standen im Vordergrund. Kapitel 4 stellt die bisher vernachlässigten austromarxistischen Kulturstudien von Neurath, Zilsel, Jahoda und Lazarsfeld vor. Anhand der verschiedenen und manchmal auch miteinander konkurrierenden Arbeiten dieser AutorInnen wird die charakteristische Vernetzung der Bildungs- und Kulturarbeit des roten Wien mit außer- und inneruniversitären Institutionen wie dem Wiener Kreis mit seiner Peripherie und dem Psychologischen Institut mit seiner Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle vorgestellt. Ihrem politisch-pädagogischen Ideal der „Demokratisierung von Kultur und Wissenschaft“ entsprachen, wie Sandner zeigt, ein soziales, de-individualisiertes und historisiertes Bild der Wissenschaft und theoretische wie praktische Ansätze zu empirischer Soziologie und Kulturforschung. Darüber hinaus wird angemerkt, dass sich die von ihm diskutierten Beiträge oft bewusst gegen den Paternalismus abgrenzen, der austromarxistischen Bemühungen um den „neuen Menschen“ oft nachgesagt wird.

Die letzten beiden Kapitel bieten eine vergleichende Analyse der Arbeit der behandelten britischen und austromarxistischen Kulturtheoretiker. Kapitel 5 befasst sich mit der Frage der Einbettung in ihr soziales und politisches Umfeld. Beide Gruppen bieten Beispiele einer „rudimentären Institutionalisierung“, die allerdings verschieden verlief. Gab es bei den Briten anfangs kaum gegenseitige Bekanntschaft und gemeinsam gefasste Intentionen, wohl aber einen ähnlichen sozialen Hintergrund und sowohl ein geteiltes professionelles Milieu wie eine geteilte sozialpolitische Perspektive, so gab es bei den Austromarxisten neben ihrer Zugehörigkeit zu den Institutionen des roten Wien auch persönliche Bekanntschaft und Kooperation. Angesichts ihrer akademischen Außenseiterstellung bieten beide Gruppen auch ein Beispiel „alternativer Institutionalisierung“: Sie stellten wissenschaftliche Gemeinschaften dar, die einen Paradigmenwechsel in den Kulturwissenschaften einleiteten bzw. einleiten wollten. Während die Gründer der Cultural-Studies-Tradition jedoch ihrem Außenseiterstatus entkamen, blieb dies den älteren der hier behandelten Austromarxisten verwehrt und den jüngeren gelang dies erst im späteren Exil – und auch dort nicht als KulturtheoretikerInnen.

Kapitel 6 wendet sich den begrifflichen Werkzeugen zu, die von beiden Gruppen entwickelt wurden. Dass beide in einem Kontext der doppelten Abgrenzung gegen Kapitalismusaffirmation und Marxismus-Leninismus entstanden, ist für Sandner bezeichnend. So entwickelten beide einen „Kulturalismus“, den sie in bewusster Opposition zum ökonomischem Determinismus der orthodoxen Marxismus vertraten, und beider Verständnis von Kultur und Bildung sind bewusst egalitär und anti-elitär ausgerichtet. Verschieden aber war die Stellung zur Arbeiterklasse als

eines revolutionären Subjekts. Anders als die Austromarxisten waren sich die britischen Theoretiker der Problematik dieser Perspektive voll bewusst und ihr Bild der „Arbeiterkultur“ ist von der Bedrohung durch eine konsumorientierte Massenkultur geprägt. Angesichts ihrer erwiesenen Gemeinsamkeiten stellt sich natürlich die Frage, ob es geistige Einflüsse der Austromarxisten auf die Cultural-Studies-Tradition gab. Sandner nennt gute Gründe dafür, dies zu verneinen. Besonders wichtig scheint mir hier, ganz abgesehen von dem Vergessen, dem austromarxistische Theoretiker in den Nachkriegszeit allgemein anheim fielen, vor allem die literarische Orientierung der Cultural-Studies-Tradition, die es ihren Vertretern leicht machte, sich – wie die „neue Linke“ Großbritanniens insgesamt – einem als szientistisch verfehmten empiristischen sozialwissenschaftlichen Ansatz zu widersetzen (was ein in sich wiederum erklärungsbedürftiges Phänomen darstellt). In der Two-Cultures-Debatte, die sich zwischen C.P. Snow und F.R. Leavis entspann, sympathisierten Williams und Hoggart eher mit Leavis, wenngleich sie dessen politische Vorstellungen nicht teilten.

Worin besteht nun die Kulturtheorie der hier behandelten Austromarxisten? Trotz Sandners akribischer Arbeit, die viele interessante Bezüge zwischen den grob gesprochen wissenschaftstheoretischen und soziologischen Arbeiten von Neurath, Zilsel, Jahoda und Lazarsfeld und ihrem bewusst undefiniert gehaltenen Kulturbegriff herstellt, ist dies nicht leicht zu beantworten. Eine Kulturtheorie als solche wurde von ihnen nicht entwickelt. Der Vergleich mit der Cultural Studies-Tradition ist insofern aber berechtigt, als er eine wichtige Gemeinsamkeit ihrer Ansätze unterstreicht, nämlich ihre Opposition zum tradierten Kultur- und Bildungsbegriff. Hierin scheint eine Kontinuität zu liegen, die noch genauer zu untersuchen ist. Sandner bezieht diese auf Halls Begriff der „Demokratisierung des Wissens“, den er als den Anspruch versteht, „wissenschaftliches Wissen in einen breiteren gesellschaftlichen Zusammenhang einzubringen und dafür auch auf nicht-universitäre Institutionen, oder solche, die am Rande der Universitäten angesiedelt waren, zurückzugreifen“ (S. 320). Ob diese Definition allerdings ebenfalls die „Demokratisierung von Kultur und Wissenschaft“ (S. 169) abdeckt, um die es, wie schon angemerkt, den behandelten Austromarxisten ging, ist aber nicht ganz offensichtlich. Letztere waren primär um die Entwicklung der geistigen Selbstständigkeit der Arbeiterschaft besorgt und gerade der späte Neurath unterstrich oft, dass dies wenig mit „Popularisierung“ des Wissens zu tun hat. Der Begriff der Demokratisierung des Wissens bzw. von Kultur und Wissenschaft bedarf genauerer Analyse als in vorliegendem Buch gegeben (hierzu mag sich ein Vergleich des jeweiligen theoretischen Verständnisses der Arbeiterbildung bzw. „adult education“ anbieten).

Dass Sandners Zugang zu den kulturtheoretischen Ansätzen des Austromarxismus aber auch in anderen Bezügen fruchtbar sein könnte, legt ein weiterer Vergleichs-

punkt nahe. Trotz ihrer Gemeinsamkeiten zeichnete sich der Austromarxismus durch Beschäftigung mit einem Topos aus, der von der Gründergeneration der Cultural Studies (mit Ausnahme Halls) noch gar nicht bearbeitet wurde, obgleich dieser das gegenwärtige Bild dieser Tradition bestimmt: Identitätspolitik und Multikulturalismus. Die letzte Pointe des Studie Sandners liegt also in der Frage, wie der Vergleich der austromarxistischen Ansätze zu diesen Themen mit denen der rezenten Cultural Studies ausfällt. Diese Frage aber bleibt unbeantwortet. Sandner behandelt zwar Karl Renners und Otto Bauers frühe Beiträge zur Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie und weist darauf hin, dass diese wichtige Vorarbeit zu Neuraths Zweifeln leisteten, eine von nationalen Besonderheiten gereinigte universelle sozialistische Gesellschaft als praktisches Ideal zu behandeln, wie er auch andere Aspekte seiner Opposition zu einem puristischen Verständnis des „neuen Menschen“ aufzeigt. Da die identitätstheoretischen Arbeiten der Cultural-Studies-Tradition aber in deren spätere Phase fallen, die in diesem Buch nicht behandelt wird, bleibt dieser Vergleich anderen Arbeiten vorbehalten.

Sandners Untersuchung führt somit zu Fragen, die man ohne sie kaum stellen würde. Ein gutes Resultat einer Revisitation vernachlässigter Denker des 20. Jahrhunderts.

Thomas Uebel (Manchester)

E-mail: thomas.e.uebel@manchester.ac.uk

Johannes Pollak/Fritz Sager/Ulrich Sarcinelli/Annette Zimmer (Hg.)

POLITIK UND PERSÖNLICHKEIT. Wien 2008, facultas.wuv, 300 S., 24,90 EUR.

Demokratie scheint in einer immer bunter werdenden Medienlandschaft mehr und mehr zu einem Wettbewerb um Aufmerksamkeit zu werden, Gesichter, Storys, verdrängen die Sachthemen. Der vorliegende Tagungsband, das Ergebnis einer Dreiländertagung der nationalen politikwissenschaftlichen Gesellschaften aus Österreich (ÖGPW), Deutschland (DVPW) und der Schweiz (SVPW), widmet sich diesem Thema in einer sehr breiten und methodisch differenzierten Herangehensweise. Die Darstellung des Spannungsfelds von Akteur und System und der Handlungsspielraum von Persönlichkeiten innerhalb unterschiedlicher institutioneller Kontexte ist das Ziel, wie auch von Ulrich Sarcinelli in seiner Einleitung hervorgehoben wird. Dabei zeigt er, dass neo-institutionalistische Betrachtungsweisen Platz für die Analyse von Persönlichkeit in der Politik bietet, bezieht man in den Institutionenbegriff Amtsverständnis und Rollenerwartung mit ein. Im Rahmen diverser Rollenanforderungen unterschiedlicher Kommunikationswelten zwischen Verhandlungs- und Mediendemokratie, zwischen Entscheidungs- und Darstellungspolitik entsteht Legitimation sowohl durch instituti-

onelle Strukturen wie durch Kommunikation. Im Weiteren führt der vorliegende Band von einer theoretischen Grundlegung der Betrachtung von Persönlichkeit und Politik über die Analyse gesellschaftlich geprägter Stereotypen zum politischen Leadership und der unterschiedlichen Rolle von Leadership und Persönlichkeit in ausgewählten politischen Systemen.

Patrick Donges sieht die Medien selbst als Institutionen, die den Akteuren Regeln für ein sinnvolles Handeln auferlegen. Damit sind politische Akteure gezwungen, neben politischen Institutionen auch den Ansprüchen anderer institutioneller Regeln gerecht zu werden, womit eine Homogenisierung der Kommunikation einhergeht. Das anscheinend in einer medial strukturierten Welt geforderte „Charisma“, als Kennzeichen politischer Führung hinterfragt Lüddecke sehr kritisch, auch im Hinblick auf seine normative Grundlegung bei Max Weber. Sehr deutlich zeigt er dabei die Problematik, das „Charisma“, also die Fähigkeit zu individueller Entscheidung und Unabhängigkeit vom „Willen der Vielen“, als Gegengewicht zum Populismus und normatives Modell der Personalisierung etablieren zu wollen. Besondere Beachtung findet die Konstruktion von Identität in den Machttheorien von Foucault und Bourdieu, in denen, wie Kristina Hahn hervorstreicht, die Freiheit des Individuums nur vordergründig durch Disziplinierung verloren geht, schließt doch gerade die Machttheorie Foucaults die Freiheit als Technik der Selbstregierung mit ein. Dies gilt in ähnlicher Weise für die Habitusdefinition von Bourdieu, die es den Akteuren ermöglicht, die im Feld geltenden Regeln schöpferisch auszulegen. So wird im Rahmen der strukturierenden Macht Persönlichkeit und deren Freiheit gestaltet.

Diesen theoretischen Überlegungen zur Personalisierung folgt im zweiten Abschnitt die Betrachtung der Dichotomie von Öffentlichem und Privatem im politischen Raum. Der bereits in der Einleitung angesprochene Balanceakt zwischen Kommunikationswelten manifestiert sich nicht nur im politischen Handeln, sondern auch in der Positionierung politischer Akteure zwischen Öffentlichkeit und Privatheit. An den Beispielen des Berliner Bürgermeisters Klaus Wowereit und der baden-württembergischen Politikerin Annette Schawan zeigt Claudia Münzing, wie männliche und weibliche „Coming-out“-Diskurse auf eine männlich und heteronorm strukturierte Öffentlichkeit treffen. Dem gegenüber stellt Karin Liebhart das Wechselspiel von Politikerpersönlichkeiten und Medien bei der Konstruktion von Imagebildern, auch dies geprägt von gesellschaftlichen Männlichkeits- und Weiblichkeitsdiskursen und einem daraus gebildeten Rollenrepertoire. Die Beispiele Angela Merkels, Karl-Heinz Grassers und Eva Glawischnigs verdeutlichen, wie dieses Repertoire zur Selbstdarstellung genutzt wird. Ebenfalls Dichotomie von Öffentlichkeit und Privatheit überbrücken politische Freundschaften, die entsprechend der Typologie von Vincenz Leuschner in persönliche Freundschaften in der Politik, politikbezogene Freundschaften und strategische

Freundschaften unterteilt werden können. Quer zu Grenzen politischer Organisation entstehen so informelle Handlungs- und Koordinationsräume, in denen sich professionelle Denk- und Verhaltensweisen mit privaten Beziehungen verbinden.

Welchen gestalterischen Einfluss Persönlichkeit auf politische Strukturen hat, verdeutlichen die Ausführungen des dritten Abschnitts. Sascha Huber veranschaulicht anhand eines Experiments mit 286 wahlberechtigten Personen in Deutschland den Zusammenhang von Kandidateneigenschaften und politischen Standpunkten in der öffentlichen Meinung und zieht daraus den Schluss, dass auch eine stärkere Personalisierung der Politik die politischen Aspekte der Kandidatenbeurteilung nicht in den Hintergrund drängen, Wahlen also nicht zu reinen „Schönheitswettbewerben“ werden. Welche Persönlichkeitsstrukturen weisen aber jene Menschen auf, die als Medien-, Wahlkampf- oder PR-Berater die öffentliche Wirksamkeit von politischen Kandidaten zu formen versuchen? Stephanie Opitz und Gerhard Vowe finden zwischen „grauen Eminenzen“ und „bunten Vögeln“ ein dreifaches K: Kontrolle, Kreativität und Kommunikationskompetenz. Ebenfalls um Persönlichkeitseigenschaften geht es im letzten Beitrag des Abschnitts, wenn Jürgen Stern die Bedeutung Joschka Fischers für die Entwicklung der Grünen in Deutschland betrachtet. An dieser ursprünglich als Anti-Partei konzipierten Bewegung, die sich unter dem Einfluss des Ausnahmepolitikers zur Regierungspartei entwickelte, wird deutlich, dass der Erfolg bzw. Misserfolg von Parteien durch eine Reihe von Faktoren bestimmt wird, darunter auch den Leadership-Fähigkeiten einzelner Personen. Eine theoretische und inhaltliche Erfassung des Leadership-Konzepts erfolgt daran anschließend im vierten Abschnitt. Ganz unterschiedlich ist die theoretische Ausformung des „political leadership“ in der US-amerikanischen Literatur – sich auch anpassend und als Kritik verstehend am Führungsstil des jeweils amtierenden Präsidenten – und in der deutschsprachigen politikwissenschaftlichen Literatur mit ihrem historisch bedingten schwierigen Verhältnis zum „Führer“-Begriff. Regina M. Jankowitsch verweist demgegenüber auf die Outcomebezogene, prozedurale Betrachtung von Leadership in Großbritannien. Einen anderen Blickwinkel eröffnet Ingeborg Tömmel auf Führungspersönlichkeiten, wenn sie die Leadership-Qualitäten der Präsidenten der Europäischen Kommission Delors, Santer und Prodi vergleicht. Wie sehr gelingt es ihnen, sich Handlungsmöglichkeiten zu erschließen, die über den Kompetenzrahmen des Amtes hinausgehen? In der Beurteilung der Performance zwischen „opportunities“ und „constraints“ kommt Tömmel zum Schluss, dass es nur wenigen Präsidenten, darunter Delors, gelang, die Rolle eines Policy Entrepreneurs einzunehmen, während andere sich – gewollt oder ungewollt – auf Policy Management beschränken mussten. Leadership-Effekte zeigen sich aber auch im Europäischen Parlament, betrachtet man den Zusammenhang von Führungsstil des

jeweiligen Fraktionsvorsitzenden und der Fraktionskoheranz, wie Stefanie Bailer, Tobias Schulz und Peter Selb anhand eines empirischen Mehrebenenmodells nachweisen.

Länderspezifische Ausprägungen von Persönlichkeit und Politik finden sich im letzten Abschnitt des Bandes. Der Wandel der Leitideen der italienischen Demokratie führt, so Stefan Köppl, im Versuch einer Abkehr vom strikten Proporz zur Aufnahme von Leadership-Elementen. Besonders die stark auf ihren Vorsitzenden ausgerichteten Parteien (Lega Nord, Sforza Italia) streben hier nach einer Generalreform des Regierungssystems. Völlig auf eine Führungspersönlichkeit konzentrieren sich die semi-autoritären präsidialen Systeme Osteuropas, wie Nicola Gallina an den Beispielen Ukraine und Russland skizziert. Bedenklich ist dabei die Instrumentalisierung der zentralen Staatsinstitutionen und deren Beitrag zu Herrschaftserhalt und -monopolisierung. Doch nicht nur Persönlichkeitsmerkmale politischer Kandidaten sind zu betrachten, sondern auch jene der Wähler sind zu berücksichtigen, wie Christian Autengruber am Wahlverhalten ethnischer Minderheiten in Bulgarien und Rumänien veranschaulicht. Die Abwesenheit von Möglichkeiten der Interessensartikulation abseits des Parteienwettbewerbs führt dort zu einer zu einer starken Parteibindung.

Insgesamt bietet der Tagungsband, obwohl ihm ein klarer theoretischer und konzeptioneller Rahmen fehlt, einen sehr breiten Zugang zum Thema Politik und Persönlichkeit, der die Problematik aus vielen Perspektiven beleuchtet und zu weiterer Forschung in diesem Bereich anregt.

Doris Wydra (Salzburg)

E-mail: doris.wydra@sbg.ac.at

Aron Buzogány/Rolf Frankenberger (Hg.)

OSTEUROPA. POLITIK, WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT. Baden-Baden 2007, Nomos-Verlagsgesellschaft, 291 S., 45,00 EUR.

Der auf den ersten Blick doch sehr breite Titel erklärt sich bei genauerem Hinsehen daraus, dass der Sammelband innerhalb einer Reihe mit dem Titel „Weltregionen im Wandel“ als zweiter Band erschienen ist. In der Einleitung erklären die beiden Herausgeber zu ihrem Ziel, die Kenntnisse über Besonderheiten und Entwicklungslinien Osteuropas (als einer Weltregion) zu vertiefen. Sie stellen dabei die Analyse des Einflusses der politischen Kultur auf die Transformation und jener auf die Ansichten von Individuen in den Mittelpunkt (S. 11f.). Das Buch wird einem der wichtigsten westdeutschen Kommunismus- und Osteuropaforscher gewidmet, Prof. Gerd Meyer aus Tübingen, der sich auf dem Gebiet der politischen Kulturforschung große Verdienste erworben hat. Ohne den Westen als Vergleichsmaßstab einer politikwissenschaftlichen Osteuropaforschung infrage zu stellen, weisen die Herausgeber

doch auf die in den letzten anderthalb Jahrzehnten sichtbar werdenden Besonderheiten Osteuropas hin. Ein wichtiges abweichendes Phänomen ist die in der Transformation in Richtung Kapitalismus entstandene neue Armut (vgl. den Beitrag von Umut Korkut zu Ungarn und den Roma), aber auch die Tatsache, dass die Utopie der Zivilgesellschaft nur teilweise realisiert werden konnte (S. 18). Die Ausbildung der Armut im Prozess der Transformation spielt auch bei Buzogány eine Rolle, der feststellt: „Im Grunde befinden sich die Regierungen in einer Zange zwischen den internen Wohlfahrtserwartungen der Bevölkerung und den von der EU verlangten Stabilitätsmaßnahmen“ (S 176).

In dem Band schreiben 14 AutorInnen, solche, die bereits gut in Fachkreisen bekannt sind, wie von Beyme, Bozóki oder Szabó, und auch jüngere „Post-Docs“, die sich schon durch interessante Publikationen ausweisen konnten – neben den Herausgebern sind etwa Jacobs oder Zimmer zu nennen. Charakteristisch für den Stil dieser Art Forschung ist die enge Zusammenarbeit von Forschern aus westlichen Staaten mit denen aus den beobachteten und analysierten Ländern.

Das Buch ist nach den Abschnitten „Staat und Herrschaft“, „Wirtschaft und Entwicklung“, „Kultur und Gesellschaft“ gegliedert. Es finden sich darin Länderstudien und breit vergleichende Beiträge, wobei bei den Ersteren Ungarn und Russland im Mittelpunkt stehen; eine Schwerpunktsetzung, die sich teilweise aus den Forschungsinteressen des gewürdigten Wissenschaftlers ergibt. Bezogen auf die Region als Ganze werden interne Grenzziehungen sichtbar, eine zwischen Russland und Ostmitteleuropa, aber auch Differenzen innerhalb des Raums der neuen EU-Mitgliedstaaten. Buzogány arbeitet in seinem Beitrag über Spielarten des Kapitalismus anhand der Arbeitsbeziehungen vier unterschiedliche Typen von Korporatismus heraus (S. 165ff.).

Auch in dem Beitrag von Jacobs zur Legitimität von Demokratie in Osteuropa wird eine gewisse subregionale Ausdifferenzierung deutlich, die sich allerdings nach Fragestellungen unterschiedlich gestaltet. Allen Daten zugrunde liegt eine Befragung aus dem Herbst 2000 (Political Culture in Europe, S. 220). Im Vergleich zu Westeuropa ist es fast eine durchgängige Besonderheit des ganzen Ostens, dass dem Staat in der Wirtschaft von besonders vielen Befragten eine große Rolle zugemessen wird, Ausnahme sind nur Albanien und Tschechien, wo dieser Aussage ca. 1/3 der Befragten zustimmen. In Bulgarien, Ungarn, Polen, der Slowakei und Russland erwarten hingegen 2/3 oder mehr vom Staat eine direkte wirtschaftliche Rolle. Eine alternative Ordnung zur Demokratie bejahen größere Gruppen der Bevölkerung nur in wenigen Ländern: Der Aussage, dass „ein starker Führer die Dinge besser entscheiden kann“, stimmen (Herbst 2000) 53,5% der befragten Russen und 43,6% der befragten Bulgaren zu, aber nur 11 bzw. 12% der Slowaken, Ostdeutschen und Tschechen sowie 20% der Ungarn; die Aussage, dass

„unter gewissen Umständen die Diktatur die beste Herrschaftsform ist“ unterstützen 43% der Russen, 35% der Bulgaren und 33% der Albaner, aber nur 9% der Ungarn, 12 bzw. 13% der Tschechen, Ostdeutschen und Slowaken. Bei dieser Ablehnung bzw. Unterstützung nicht-demokratischer Alternativen zeichnen sich, wie gesagt, subregionale Unterschiede ab, aber die subregionalen Grenzlinien verlaufen je nach Fragestellung anders. Es ist sicher einem so kurzen Beitrag wie dem Jacobs nicht anzurechnen, dass er die Frage nach den genaueren Ursachen solcher Einstellungsunterschiede nicht beantwortet. Darüber kann man sich aber gut im Buch des Autors von 2004 („Tücken der Demokratie“) informieren.

Das Buch ist in seinen Themenstellungen so reich (u.a. von Beyme: Methodenprobleme der Osteuropaforschung; Zimmer: Wahlklientelismus in Russland und der Ukraine; Bozoki: Positionen und interne Wandlungsprozesse in der ungarischen Opposition vor 1989), dass es dem Rezensenten schwerfällt, sich angesichts der gebotenen Kürze für die Besprechung für einen der Beiträge zu entscheiden. Das Anregende jener Vielfalt spricht für diesen Sammelband. Letztlich habe ich die Fragestellung von Katrin Heinritz gewählt, die anhand von Turkmenistan fragt: „Demokratisierung zur Diktatur?“ Turkmenistan als ehemalige Sowjetrepublik ist eine jener Gesellschaften, von denen aus westlicher Perspektive eine Bewegung hin zur Demokratie angenommen wird, die nur stecken geblieben sei,

und die (bisher) deutliche Demokratiedefekte aufwiesen (S. 136). Tatsächlich herrschte dort bis vor Kurzem der ehemalige KP-Vorsitzende vermittels einer obskuren Diktatur als „Turkmenbaši“. Heinritz stellt nun die These auf, dass eine solche Einschätzung (einer „stecken gebliebenen Demokratie“) nichts als eine Wunschvorstellung der Beobachter ist. Sie konstatiert auf Grundlage eines von ihr entwickelten theoretischen Modells, eines „Drei-Dimensionen-Würfels“ (S. 134, 139), dass das Land zwar totalitäre Züge aufweist und auch (gemessen am liberalen Modell) nicht demokratisch ist, aber dass es doch stabil und offensichtlich von der Mehrheit der Beherrschten, der Bevölkerung, akzeptiert wird. Sie spricht von einem „Dilemma der Beständigkeit“, auch die stattfindende wirtschaftliche Entwicklung würde keinerlei Bewegung in Richtung der Demokratie westlichen Typs hervorbringen (S. 152f.). Ihr ist nicht in allen Einschätzungen im einzelnen, wohl aber darin grundsätzlich zuzustimmen, dass es keinen Sinn macht, in einer Welt mit sehr vielfältigen sozialen Strukturen und Wertorientierungen einzig die besonderen Wertorientierungen des Westens (in Gestalt des Mainstreams der Demokratisierungsforschung) an die Analyse des politischen Wandels anderer Regionen anzulegen. Das hat Heinritz für Turkmenistan überzeugend belegt.

Dieter Segert (Wien)

E-mail: dieter.segert@univie.ac.at